

# Waldzeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Waldzeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Reichsmark, durch Postgebühren im Reichsgebiet 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.20 Reichsmark u. 4 Pfennige Zustellgebühr. Die Abnahme der Anzeigen-Nummern ist jeden Uhr vorzuzahlen. Die Anzeigen werden nach folgender Tabelle berechnet: die Zeile 0.25 Reichsmark, die Spalte 0.10 Reichsmark, die Spalte 0.05 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Moskauer „Pravda“ schreibt über die Aufgaben des Iobens in Berlin eingetroffenen russischen Außenministers Tschitscherin, er wolle Deutschland nochmals auf die ersten Folgen eines Weltfriedenspactes hinweisen, ferner den deutschen Geldgebern eine 100-Millionenleihe aus dem Ausland vorzuschlagen und die Bereitschaft des Sowjetstaats durch entsprechende Bereitstellungsmaßnahmen zu unterstützen. Diese drei Aufgaben seien recht leicht zu erfüllen!

Tschitscherin war vorgestern Gaft des Außenministers Dr. Strejmann und gestern des Reichstanzlers Dr. Luther. An dem Frühstück beim Reichstanzler nahmen von Ministern teil: Dr. Strejmann, Schiele, v. Schöben und Götter. Am Nachmittag fand ein Ministerrat statt, bei dem eine Unterredung Strejmanns mit Tschitscherin. Man wird den anlässlich des Besuchs stattfindenden Erörterungen große Bedeutung bei.

Wie verlautet, soll der Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern Meißner, demnach aus dem Ministerium auscheiden und einen hohen Verwaltungsposten der Provinz übernehmen. Staatssekretär Meißner soll mit dem preussischen Minister des Innern verschiedene schriftliche Meinungsäußerungen gehabt haben.

Der Barnaul-Ausbruch des preussischen Landtages hat bis jetzt 48 Stunden gedauert. In der nächsten Woche, wo er wieder zusammentritt, wird die 50. Sitzung stattfinden. Also: Wiederauf zum goldenen Jubiläum. Wir schlagen vor, daß die Angehörigen an diesem Tage ihre alten Freunde zu einem Festessen einladen.

Aus Washington wird gemeldet: Staatssekretär Kellogg hielt bei der gestrigen Eröffnung der Interparlamentarischen Union eine Ansprache, in der er vor allem vor dem Bolschewismus als einem der schwersten, die Demokratie bedrohenden Probleme warnte. In England seien Kräfte an der Arbeit, die für die Zermürbung der repräsentativen Regierung und für die Erschöpfung einer Klassenherkunft arbeiten.

An der Konferenz nahmen von deutscher Seite u. a. Reichstagspräsident Loebe, Reichstanzler a. Dr. Dr. Wirth, der frühere Gouverneur von Ostafrika Dr. Schme, Prof. Schueping und andere Abgeordnete teil; sie wurden von deutschen Reichstägern bei Antritt ihres Sommerzuges in Washington begrüßt und in einem eleganten Hotel untergebracht.

Das große Züriner Blatt „Stampa“ wurde wegen eines abfälligen Wänderberichts dauernd verboten. Die Züriner Behörden fordern dazu auf, den betreffenden Korrespondenten öffentlich zu ähneln.

Aus Genoa wird gemeldet, daß der Bau mehrerer Unterboote für die Flotte der Flotte in San Giorgio übertragen worden sei. Gegen was braucht Brasilien U-Boote?

Die spanische und französische Offensiv soll überall gute Fortschritte machen. Dank des Eintritts der Regente ist der Wallfermerang überwunden. Gerüchte über den Verkauf eines Friedensgeschäfts zwischen dem Kaiserlichen Hof durch Antiliferer in Brand gesetzt ist.

Hanas berichtet aus Santiago de Chile, daß alle Minister mit Ausnahme des Kriegsministers zurückgetreten sind.

Aus London wird gemeldet: Die Mächte genehmigten die an die chinesische Regierung abzugebende Kollektion, in der der Wunsch ausgesprochen wird, den Streit über die Vorfälle in Schanghai vom 30. Mai beizulegen. An der Note wird ferner erklärt, daß alles nur möglich getan werden solle, um die Lage in Schanghai zu bessern. Alle militärischen Maßnahmen sollen aufgehoben und die Marine detachements zurückgezogen werden.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Die Türkei hat vier Jahresschiffe von Kreuzern einbezogen. Große türkische Treppenzusammenstöße finden an den Zugängen zum Marmarasee statt. Wie verlautet, hat die britische Mittelmeerflotte Stellung gehalten, sich in kleinasiatischen Gewässern aufzuhalten und sich vor der türkischen Küste zu sammeln.

## Macdonald gegen Dawesplan und Sicherheitspakt.

Auf der Konferenz der Arbeiterpartei in Liverpool führte Macdonald aus: Wenn die Arbeiterpartei wieder aus Ruher käme, würde ihre erste Handlung sein, einen industriellen Ausschuss einzusetzen, der die Wirkungen des Dawesplans auf die britischen Industrien beobachten würde. Die Arbeiterpartei würde, wenn dies möglich wäre, den Verfall der Dawesplan abändern. Dieser Vertrag ist eine fürchterliche Regelung. Es sei ein Frieden, der sich so schlimm in seinen Wirkungen sei, als der Krieg war.

Was die europäische Lage betreffe, so sei es als ein Fortschritt zu betrachten, daß die Reparationsfrage von dem Gebiet politischer Urteile auf das der wirtschaftlichen Ermessung übergeführt worden sei. Die Arbeiterpartei habe eine Gegnerschaft gegen den Sicherheitspakt.

über den gegenwärtig verhandelt werde, klar zum Ausdruck gebracht. Sobald bekannt ist, welche Vereinbarungen getroffen seien, werde eine internationale, sozialistische Konferenz einberufen werden, um sie zu erwägen und

der internationalen Arbeiterklasse ein Urteil über die Bedeutung des Pactes und die ihm gegenüber zu befolgende Politik zu ermöglichen.

Unsere Sozialisten reden immer von internationaler Solidarität der Arbeiterklasse. Das ist geradezu der Kern und die Voraussetzung des ganzen Klassenkampfes. Aber wo bleibt diese berühmte Solidarität, wenn die deutschen Sozialisten sich erst mit aller Kraft für den Dawesplan und jetzt für den Sicherheitspakt einsetzen, während die englischen Genossen belbes bekämpfen?

Man kann begierig sein, was unsere deutschen sozialistischen Neumalweisen auf dem von Macdonald geplanten internationalen Sozialistenkongress für intelligente Gesichtspunkte werden! Über das man hoffen, daß sie vorher in sich gehen und ihre unfinnige, von ihren englischen Kollegen so trüb beurteilte Politik abgeben, ehe der deutsche sozialistische Arbeiter, dem angeht die Erklärung Macdonalds ja wohl ein Licht über die angebliche „internationale Solidarität“ und über seine bisherigen Führer aufgehen wird, die eine sozialistische Seifenblasenpolitik und Seifenblasenpolitik zum Renner hinausputzen?

## Französisch-amerikanisches Schuldenabkommen.

Die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen haben gestern mit einem neuen fünfjährigen Abkommen, das sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt. Die französische Kommission, die sich lediglich zur Richtlinie vorbereitet hat, wird einen amerikanischen Vorschlag annehmen, der sie in die Lage versetzt, in jedem Augenblick innerhalb dieses Zeitraumes fortzugehen. Das Abkommen sieht eine jährliche Zahlung von 40 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten vor. Weitere Verhandlungen sollen aufgenommen werden, sobald die französische Regierung der Ansicht ist, daß die Verhältnisse ihr dies erlauben.

Nach einer Meldung des „Reit Parisien“ aus Washington reist die gesamte französische Mission mit Cailleur, wie vorgehen, Freitagabend auf dem Postdampfer „Grand“ nach Frankreich zurück.

Wie schwerig und wie blind vor dem Abbruch die Verhandlungen gelaufen waren, zeigen die nachstehenden Meldungen, die durch die obige überschuld sind.

Wie die Londoner Neuzerausgabe aus Washington erzählt, bekümmert die Mitglieder der amerikanischen Kommission für die französischen Schulden geltend gemachten Coolidge, um ihm mitzuteilen, daß bis jetzt kein französischer Vorschlag gemacht wurde, der annehmbar war.

## Konferenzvorbereitungen.

Die deutsche Delegation in Locarno wird aus den folgenden Herren bestehen: Reichstanzler Dr. Luther, Reichsaussenminister Dr. Strejmann, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Schöben, Ministerialdirektor Gaus, Ministerialdirektor Riep als Chef der Presseabteilung der Reichsregierung.

Die Delegation wird voraussichtlich am Freitagabend von Berlin abgehen.

Der holländische „Courant“ meldet aus Locarno: Die Vorbereitungen für die Konferenz haben bis Mittwoch zur Anmeldung von 168 Pressevertretern geführt. Die Franzosen haben 16, die Engländer 15 und die Deutschen 28 Personen als Mitglieder ihrer Delegationen angemeldet. Ein Vertreter des schweizerischen Bundesrates wird morgen in Locarno eintreffen, wo er im Namen der Schweiz die Außenminister befragen wird.

Die deutsche Delegation hat ihre Hotelräume im Hotel Elplanade bis 20. Oktober bestellt, was auf eine lange Dauer der Konferenz schließen läßt.

## Staatsfinanzen einst und jetzt.

Am Jahre 1913 hatte das Deutsche Reich etwa 10 000 Reichsmark zu bezahlen, heute dagegen rund 90 000, also beinahe die fünffache Zahl.

Am Verlaufe der letzten sechs Wochen hat der deutsche Reichstag 355 Millionen soziale Ausgaben bewilligt, und in Verbindung mit dem Reichsfinanzgesetz weitere 750 Millionen.

Wäre die Reichsfinanzverwaltung heute dem Steuerzahler 400 Millionen Mark. Diese Summe entspricht etwa der Gesamtsumme an persönlichen Einkommensteuern im Jahre 1913.

Aus Washington wird gemeldet: Die neuen französisch-amerikanischen Schuldenabkommen sind von der amerikanischen Schuldenkommission abgelehnt worden.

Washington, 2. Oktober. Nachdem die amerikanische Schuldenkommission die Frage der französischen Schuldenentlastung dem Präsidenten Coolidge unterbreitet hatte, veröffentlichte das Weiße Haus eine Erklärung, in der es heißt, daß die in der Presse erschienenen, vermeintlich die Erklärung der Kommission für die amerikanische Schuldenkommission zurückgebende Darstellung über das Zustandekommen einer Einigung vollkommen unzutreffend ist.

Es seien, so führt die Erklärung des Weißen Hauses aus, innerhalb der amerikanischen Kommission keine Meinungsverschiedenheiten entstanden, und es sei kein Vorschlag dem Präsidenten Coolidge zur Genehmigung oder zur Ablehnung unterbreitet worden.

Schlilm für den Frieden in Europa. Denn wenn Frankreich wenig zu zahlen braucht, braucht es nicht auszuweichen.

Wie der plötzliche Umwandel herbeiführt wurde, ist vorerst völlig unerklärlich. Doch ist Frankreich und sein Militarismus wieder einmal gerettet.

## Keine Erhöhung der Beamtenbezüge

Der Reichsfinanzminister empfing gestern nachmittags Vertreter der Beamtenpensionsorganisation, die ihre Wünsche hinsichtlich der Beamtenbezahlung vorbringen und eine Erhöhung der Bezüge, besonders der gering Beoldeten, als unabweisbar bezeichneten.

Demgegenüber erklärte der Reichsfinanzminister unter ausführlicher Vorlegung des Haushalts- und Finanzplans des Reiches, daß eine Erhöhung der Bezüge der Beamten keine Beförderung ihrer Lebenshaltung bringen würde, da bei einer Gehaltssteigerung auch ein Steigen der Preise zu befürchten sei.

Der Reichsbankpräsident habe die Reichsregierung in einem Schreiben ermahnt, alle Kreis auf den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage hinzuweisen. Eine Erhöhung der Beamtenbezüge würde nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten geradezu als ein Unglück angesehen werden müssen. Die Reichsregierung könne daher in Rücksichtnahme mit der Reichsregierung die Beamtenbezüge nicht veranzulassen. Die Beamtenpensionsorganisationen sind aufgefordert, sich gegen eine Erhöhung ihrer Forderungen zu wehren.

Wie die Blätter melden, werden die Beamtenpensionsorganisationen heute zur Beratung zusammengetreten, um über die Ablehnung ihrer Forderungen durch den Reichsfinanzminister Stellung zu nehmen.

## Bankkapital und Industrie.

### Der Staat als Finanzier.

Von Dr. W. M. Treiber von Bising.

Der Zusammenhang des Stimmensetzers zwischen der Defizitpolitik als ein plötzliches und unerwartetes Ereignis. Man hat ihn vielfach nur nach dem Gesichtspunkt des Kampfes zwischen Industrie und Banken betrachtet. In der Tat ist dieser Gesichtspunkt dabei sehr beschränkt. Der Kampf zwischen Banken und Industrie ist zweifellos seit den Tagen, von denen an die Entwicklung der deutschen Industrie anhebt, zu einer immer wiederkehrenden Erscheinung unseres Wirtschaftslebens geworden.

Als gegen Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts das deutsche Volk aus wirtschaftlich zu erkranken begann, da merkte man, daß der Kapitalismus nicht im Verhältnis zu den Ausbeutungsmöglichkeiten stand. Aus dieser Erkenntnis heraus begründete Georg von Siemens zuerst die Deutsche Bank. Er wollte durch ein weitverbreitetes Netz von Depotstellen das sich bildende Sparkapital aufheben und der Industrie zur Verfügung stellen. Als die übrigen deutschen Großbanken mit Ausnahme der Berliner Handelsbank, dem Beispiel der Deutschen Bank folgten, da gelang es durch die Zusammenarbeit von Banken und Industrie, dem Deutschen Reich auf den Märkten der Welt die Stellung zu sichern, die die bisherige Dignität Englands bedrohte.

Die Entwicklung hat sich nicht ohne einen Kampf zwischen Banken und Industrie vollziehen konnte, ist wohl ohne weiteres einleuchtend. Zu Anfang unseres Jahrhunderts feierten die Banken Triumphe über die Industrie, als sie die Elektrizitätswerke, die Eisenwerke, die Zucker- und Kummern ihrem Willen unterwarfen. Aber gleichzeitig regte sich der Widerstand. Am Ruhrrevier trösteten ihnen August Hülsh und Hugo Stinnes, indem sie ihnen rieten, sich nicht zu weit zu verlaufen.

Die Kräfte der Industrie haben sich auf andere Weisen. Sie wurden zu Helfern der Banken, um die Reichsfinanzminister unterzubringen, mit deren Hilfe das Reich den Krieg finanzierte. Die Mittel der Banken wurden dadurch voll in Anspruch genommen und so wurde die Industrie zum Gründungsgegenstand abgelehnt. Die dann folgende Inflationszeit ergab naturgemäß in besonders starkem Maße gerade die Mittel der Banken an. Die Industrie produzierte Schweberei, die der Entwertung der deutschen Mark entgegen waren. Die Banken dagegen handelten mit Geld und Goldesparten, und so mußte vor allem ihre Ware der Geldwertung zum Opfer fallen.

Diese Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Banken und Industrie wurde hinlänglich beleuchtet, als Hugo Stinnes als starker Mindeherrschaft in der Berliner Handelsbank eintrat und bald darauf auch den altbekannten Berliner Bankverein erwarb. Der Währungsverfall hatte den Sieg der Industrie über die Banken mit sich gebracht.

So kam die Epoche der Markinflation. Die Banken erholten sich nicht so schnell von den ihnen zugefügten Schlägen, aber auch die Industrie erholte sich nicht so schnell von den Auswirkungen der Verluste zu schließen.

In dieser Zeit ist mancher Neier Stern am wirtschaftlichen Himmel erschienen. Ganz besonders hatte es der junge Jacob Michael verstanden, eine große Finanzmacht an sich zu reißen. Es gelang ihm, rechtlich sich von den angelegentlichsten Deutschenordnungen zu befreien und sie in Papier und Rentenmark umzuwandeln. Diese grandiose Spekulation in die Bausteine der Billionen- und Rentenmark verhalfte Jacob Michael und seinem Konzern Geldmittel, wie sie zu damaliger Zeit niemand in Deutschland bekam, und machte ihn zum fast unbefruchteten Herr der Wäse.

Aber die große wirtschaftliche Krise, die in Deutschland Anfang 1925 einsetzte, ging auch an Jacob Michael nicht spurlos vorbei und schwächte die finanzielle Macht des Michael. Das, was er Stinnes abhandeln die weise und leitende Hand des genialen Gründers fehlte, wurde in den Tod getroffen. Jetzt war die Gelegenheit für die Banken wiederum da, um sich die verlorenen Stellung zurückzuerbarn.

Aber die nur geringen Mittel, über die sie heute verfügen, genügen es den deutschen Großbanken nicht, die Erwerbungen aus der Wäse des Stinnes-Konzerns selbst zu bezahlen. Die Banken haben sich vielmehr lediglich darauf beschränken müssen, die Stinnesischen Vermögenswerte ohne alle große Schöpfung und Erfindung der deutschen Wirtschaft im Ausland unterzuliegen.

Von dieser Umwälzungstrife wurden insbesondere die unorganisch aufgebauten Inflationskonzerne (Michael-Lorenz, Siedelkonzern) betroffen. Die Schweberei ohne Remie blieben tot; bei dem Mangel an flüssigen Mitteln fanden sich weder Reichsgeber noch Käufer. Dennoch geriet die Konzentrationsbewegung nicht ins Stocken, obwohl das Zentrum dieses Prozesses in Angamer wurde. Man denke an die Konzentrationsbewegung in der oberösterreichischen und rheinisch-westfälischen Eisenindustrie und in der chemischen Industrie, die organisch bedingt sein können.

